

**Niederschrift über die Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 29. November 2010**
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

Die Ausschussmitglieder: Kreisräte/innen:

Jäger, Jenner-Wanek, Sczuka	(CDU)
Forster, Gruber-Seibold	(SPD)
Auer (bis 10:45 Uhr), Wilhelm	(FDP-FW)
Brodersen	(GRÜNE)
Das stv. Ausschussmitglied: Hinderer	(Freie Wähler)

Die Vertreter/innen der Jugendverbände und der Verbände der freien Wohlfahrtspflege: Franke, Mayer, Schladt, Windmüller

Die beratenden Mitglieder: Anderl, Gröner, Lindauer, Schanbacher, Schoch

Ferner:

Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin	
Dezernent Bauer	
Kreiskämmerer Geißler	
Kreisjugendamtsleiter Wieland	
Hr. Gläss, Kreisjugendamt	Top 1
Hr. Dinger, Kreisjugendamt	Top 2

Weitere Mitarbeiter

Presse

Die Schriftführerin: Kreisamtfrau Bellviure

Beginn der öffentlichen Sitzung: 9:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 12:20 Uhr

§ 1

Fortschreibung des Teilplans „Sozialpädagogische Hilfen im Kontext von Jugendstrafverfahren“ des Kreisjugendplans
(Drucksache 98/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zur Grunde liegende Drucksache.

Kreisjugendamtsleiter Wieland führt in die Thematik entsprechend der Drucksache 98/2010 ein.

Herr Gläss, Fachbereichsleiter Kinder- und Jugendhilfe, erläutert die Formen der Jugendhilfe im Strafverfahren. Er weist darauf hin, dass der Bedarf deutlich das Angebot übersteige. Vor allem im Bereich der Betreuungsweisungen sei der Bedarf eklatant.

Kreisrätin Forster fragt nach, ob es sich bei dem Angebot von Sozialen Trainingskursen und Betreuungsweisungen um eine Pflichtaufgabe handle. Sie merkt an, dass die zuständige Sachbearbeiterin, Frau Hahn-Weick, nur zu 50 % beschäftigt sei. Sie erfülle ihre Aufgabe sehr gut und engagiert und leiste weit mehr als bei einer 50 %-Stelle erwartet werden könne. Sie sehe jedoch Handlungsbedarf für den Fall, dass Frau Hahn-Weick ausfalle und nicht zur Verfügung stehen könne.

Herr Anderl, Richter am Amtsgericht Waiblingen, berichtet, er sei von den Jugendrichtern und Amtsgerichtsdirektoren im Kreis angesprochen worden. Alle bäten dringend darum, dass die halbe Stelle vor allem im Bereich der Betreuungsweisungen deutlich aufgestockt werde. Die Betreuungsweisungen dienten der Entwicklung des Jugendstraftäters und dem Schutz der Bevölkerung. Dies sei eine schwierige und zeitintensive Arbeit, die die Jugendrichter nicht leisten könnten. Deshalb bitte die Jugendgerichtsbarkeit im Kreis hier dringend um Unterstützung, ansonsten würde in Zukunft die Hälfte der Fälle gänzlich unbearbeitet bleiben.

Kreisrat Auer stimmt zu, dass bei den Betreuungsweisungen Nachholbedarf bestehe. Interessant wäre es, wenn Frau Hahn-Weick sich selbst und ihre Arbeit im Jugendhilfeausschuss vorstellen und einen Bericht aus der Praxis geben könne. Außerdem fragt er, ob es für die Betreuungsweisungen eine Evaluation gebe und ob sich die Wartezeiten durch die Einführung eines 5. Sozialen Trainingskurses ändern würden.

Herr Franke, Geschäftsführer des Kreisdiakonieverbandes, fragt, wie sich der Zeitraum zwischen der Straftat und den Konsequenzen entwickelt habe, da diese Zeitspanne bisher sehr lang war.

Auch er ist der Meinung, dass die halbe Stelle aufgestockt werden solle. Der Kreisdiakonieverband könne sich vor Anfragen kaum retten, so dass es nottäte, für diesen Bereich einen Sozialarbeiter einzustellen.

Kreisrätin Gruber-Seibold sieht die Betreuungsweise als Bewährungshilfe auf kleiner Flamme, die dem Landkreis als präventive Maßnahme auch Kosten spare. Sie frage sich allerdings, ob diese Aufgabe auch durch eigene Mitarbeiter erledigt werden könne und nicht von Prävent Sozial. Außerdem fragt sie, warum 2009 lediglich 14 Personen betreut worden sei. Dies sei im Vergleich zu den vorherigen Jahren sehr wenig.

Frau Schanbacher, Agentur für Arbeit, merkt an, in der Statistik auf S. 6 der Drucksache sei nicht berücksichtigt worden, ob die betreute Person nach Beendigung der Maßnahme eine Ausbildung begonnen habe. Sie schlägt vor, die Kooperation mit der Agentur für Arbeit zu verstärken, da zu viele Personen in die Arbeitslosigkeit abrutschen, wenn ihre Maßnahme beendet sei. Sie fragt, ob die Zahlen direkt im Anschluss an die Maßnahme oder 6 Monate später erhoben wurden.

Herr Windmüller, Kreisjugendring, sagt, er könne der Vorlage so nicht zustimmen, wenn man die Not der Amtsgerichte ernst nehme, weil die in der Drucksache beschriebenen Angebote nicht ausreichen, um Abhilfe zu schaffen.

Kreisrat Sczuka erinnert daran, dass der Teilplan im Unterausschuss besprochen worden sei und man sich darauf geeinigt habe, sich des Themas in Zukunft weiter anzunehmen. Er wolle den Ball auch an die Gerichte zurückspielen. Er schlage vor, weniger Fälle wegen Geringfügigkeit einzustellen und die Jugendstraftäter öfter zu Arbeitsstunden verurteilen sollte, die man bei den von der Gemeinden zur Verfügung gestellten Möglichkeiten ableisten könne.

Landrat Fuchs wünscht sich, dass auch andere Institutionen eine höhere Bereitschaft zeigen, Arbeitsstunden anzubieten.

Jugendamtsleiter Wieland weist darauf hin, dass wegen der im kommenden Jahr angespannten Haushaltslage derzeit keine weiteren Maßnahmen vorgeschlagen worden seien. Die Redebeiträge hätten hier jedoch Handlungsbedarf aufgezeigt, so dass das Thema im kommenden Jahr konzeptionell aufgearbeitet werde.

Herr Gläss beantwortet die gestellten Fragen und erläutert die Fallzahlentabelle zur Betreuungsweise. Die hohen Unterschiede bei den Fallzahlen kämen dadurch zustande, dass von Frau Hahn-

Weick in den Jahren 2006 – 2007 wesentlich mehr Jugendliche betreut worden seien als vorgesehen und auf Dauer leistbar. Bei einer halben Stelle könnten nicht mehr als 6 – 8 Jugendliche betreut werden.

Auf die Frage von Herrn Auer antwortet Herr Gläss, die sehr geringe Abbrecherquote spreche für die Maßnahmen und sei Teil der Evaluation. Die Wartezeiten hätten sich leicht entspannt. Das Problem sei jedoch, geeignete Stellen zu finden, die Arbeitsstunden anbieten, so zum Beispiel in Jugendheimen. Dort bestehe auch Kontakt zu Sozialarbeitern. Damit seien ideale Voraussetzungen für einen pädagogischen Effekt gegeben.

Kreisrätin Gruber-Seibold entgegnet er, dass die Zusammenarbeit mit Prävent Sozial sehr gut funktioniere. Deshalb gebe es keine Überlegungen seitens der Verwaltung, etwas zu ändern. Wegen der hohen Zahl der Personen, die nach der Maßnahme arbeitslos seien, würde er es begrüßen, in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit weitere Kooperationsmöglichkeiten zu suchen.

Landrat Fuchs räumt ein, dass die Verwaltung durchaus ein Kapazitätsproblem erkannt habe. Man wolle deshalb die Zahlen und das System im folgenden Jahr auf den Prüfstand stellen und dem Ausschuss bis Mitte 2011 erneut vorlegen. Überlegenswert sei seines Erachtens auch von Seiten der Gerichte, ob Bußgelder nicht zugunsten der Jugendgerichtshilfe verhängt werden könnten.

Der Ausschuss ist mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig den modifizierten Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Teilplan „Sozialpädagogische Hilfen im Kontext von Jugendstrafverfahren (Sozialer Trainingskurs und Betreuungsweisung)“ (C.11.4) wird wie in der Drucksache 98/2010 dargestellt verabschiedet.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die vom Ausschuss festgestellten Probleme bei den Betreuungsweisungen mit Daten und Fakten aufzuarbeiten und dem Jugendhilfeausschuss bis Mitte 2011 eine Konzeption vorzulegen.

Auszüge:

2 Kreisjugendamt

§ 2

Bericht der Fachstelle Rechtsextremismus

(Drucksache 99/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zur Grunde liegende Drucksache.

Kreisjugendamtsleiter Wieland erläutert eingehend die Drucksache.

Herr Dinger, Fachstelle Rechtsextremismus, berichtet über die Arbeit der Fachstelle. Er lobt die Zusammenarbeit mit der Polizei, die sehr vertrauensvoll sei. Die Möglichkeiten und Grenzen der jeweiligen Arbeit würden von beiden Seiten gesehen und respektiert. Die Arbeit der Fachstelle umfasse unter anderem auch die Aussteigerberatung. Es gebe drei mögliche Zugänge zu den Jugendlichen: über die Korex der Polizei (Koordinierungsstelle gegen Rechts), die Jugendgerichtshilfe oder über die Jugendlichen selbst bzw. deren Eltern. Zunächst gehe es darum, die Jugendlichen kennen zu lernen und Vertrauen aufzubauen. Dann könne den Jugendlichen Hilfen angeboten werden. Auch in der Prävention sei die Fachstelle tätig, z.B. durch Vorträge in Schulklassen zum Thema Rechtsextremismus. Dabei falle ihm auf, dass unter den Schülern ein großer Bedarf an den Themen Integration und Migration bestehe. Außerdem betreibe die Fachstelle eine Kooperation mit der Stadt Schorndorf und dem Bündnis gegen Rechtsextremismus. Auch außerhalb des Kreises werde die Arbeit der Fachstelle positiv wahrgenommen. So habe Herr Dinger Einladung des Landesverfassungsschutzes auf einer Tagung als Diskutant teilnehmen dürfen.

Herr Lindauer, Kriminalhauptkommissar, berichtet aus Sicht der Polizei über deren Arbeit und die Kooperation mit der Fachstelle Rechtsextremismus. Aufgrund zahlreicher Treffen von Rechtsextremen und Skinheads im Landkreis und diverser schwerer rechtsextremer Straftaten, sei der Rems-Murr-Kreis noch vor einigen Jahren als „brauner Landkreis“ berüchtigt gewesen. Die Entwicklung der rechtsextremen Straftaten seit 2006 sei jedoch rückläufig. Insbesondere die Gewalttaten seien zu 75 % zurückgegangen. Positiv sei auch die mit über 90 % hohe Aufklärungsquote der Polizei. Die Fallzahlen in diesem Jahr gingen leicht nach oben. Insbesondere die Propagandadelikte nähmen zu, während die Gewaltstraftaten auf gleichem Niveau stagnierten. Auffällig im Jahr 2010 seien insbesondere zwei Serien in Winnenden und Backnang gewesen, die von der Art und Vorgehensweise her auf junge Täter hindeute. Aus diesem Grund habe die Präventionsarbeit in den Schulen eine hohe Bedeutung für die Zukunft. Positiv sei zu bemerken, dass im Rems-Murr-Kreis keine Treffpunkte für Rechtsextreme mehr existierten. Das frühere Gasthaus „Linde“ in Schorndorf-Weiler

bilde hier eine Ausnahme. Dies seien jedoch mittlerweile Privaträume, was ein Einschreiten seitens der Verwaltung und Polizei schwierig mache. Er bestätigt die sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Fachstelle. Die gemeinsamen Infoveranstaltungen würden sehr gut angenommen. Man sei froh, dass mit der Fachstelle ein Anlaufpunkt für Aussteiger zu Verfügung stehe, da der Polizei von diesem Personenkreis naturgemäß kein Vertrauen entgegen gebracht werde. Durch die Arbeit mit der Fachstelle und insbesondere mit Herrn Dinger sei es gelungen, die Ablehnung im Bereich der linken Szene der freien Jugendarbeit aufzuweichen, so dass die Polizei als Gesprächspartner akzeptiert werde, um gemeinsam gegen Rechtsextremismus vorgehen zu können. Somit sei eine solche Zusammenarbeit, wie sie im Rems-Murr-Kreis bestehe, ideal. Das Image des Kreises habe sich infolge dessen sehr gewandelt. Man sei ein bundesweites Vorbild im Kampf gegen Rechtsextremismus geworden. Er hoffe auf eine Fortführung der guten Zusammenarbeit.

Herr Windmüller, Kreisjugendring, lobt die Kooperation und Zusammenarbeit zwischen der Fachstelle und der Polizei.

Kreisrätin Gruber-Seibold merkt an, dass eine neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung die Zunahme von Rechtsextremismus unter Jugendlichen bestätige. Deshalb sei sie froh, dass es im Rems-Murr-Kreis eine solche Stelle gebe. Dies zeichne den Kreis aus.

Kreisrat Auer bedankt sich bei der Fachstelle für ihre Arbeit und die funktionierende Zusammenarbeit. Er bemerkt, dass es neben dem Rechtsextremismus auch eine Zunahme des Linksextremismus gebe. Er befürchte, dass dem zu wenig Beachtung geschenkt werde. Dem müsse man in Zukunft mehr entgegen treten. Er bestätigt, dass der Rechtsextremismus zunehmend bei jungen Leuten anzutreffen sei. Deshalb müsse man darüber nachdenken, ob nicht schon in der Grundschule über Rechtsextremismus aufgeklärt wird.

Kreisrätin Wenner-Jannek fragt an, wie stark Linksextremismus im Rems-Murr-Kreis vertreten sei.

Frau Mayer, Kreisjugendring, empfindet die Verknüpfung zwischen der Fachstelle und der Polizei als äußerst sinnvoll.

Kreisrat Hinderer ist der Meinung, dass man, anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der Fachstelle Rechtsextremismus im nächsten Jahr, eine kleine Kampagne starten könne. Die bisher erreichten Erfolge könnten sich sehen lassen.

Kriminalhauptkommissar Lindauer vermeldet einen starken Anstieg von linksorientierten Straftaten im Jahr 2009 (2008: 7 Straftaten, 2009: 39 Straftaten). Von den im Jahr 2009 verzeichneten Straftaten seien jedoch 97 % „lediglich“ Propagandadelikte gewesen. Dennoch nehme auch die Gewaltbereitschaft unter Linksextremisten zu, insbesondere bei Demonstrationen gegen Rechts oder gegen die Polizei. Die Polizei reagiere hierauf mit verstärktem Einsatz. Man habe dieses Problem auch auf Bundesebene erkannt und gehe dagegen vor.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Fachstelle Rechtsextremismus und den Beschlussvorschlag der Verwaltung,

Das Kreisjugendamt wird beauftragt, den Teilplan „Rechtsextremismus im Rems-Murr-Kreis“ (D.10) redaktionell zu aktualisieren.

zustimmend zur Kenntnis.

Auszüge:

2 Kreisjugendamt

§ 3

Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2011

(Drucksachen 72/2010-VSKA27.09.10, 83/2010 mit Ergänzung 83/2010a) und 84/2010-KT18.10.2010; Drucksache 100/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zur Grunde liegenden Drucksachen. Er stellt fest, dass Herr Franke bei den Ziffern 4 und 5 des Beschlussvorschlags befangen sei.

Kreisjugendamtsleiter Wieland erläutert die den Jugendhilfeausschuss betreffenden Teilhaushalte anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Auf Frage von Kreisrätin Jenner-Wannek erklärt Frau Kugler, Fachbereichsleiterin Haushaltswesen, dass die nach der doppischen Haushaltssystematik festgestellten Kennzahlen nicht mit den Zahlen der Vorjahre vergleichbar seien. Dies werde erst in den Folgejahren möglich sein, wenn sich die doppische Buchhaltung eingespielt habe

Herr Franke, Geschäftsführer Kreisdiakonieverband, führt aus, dass man die Kürzungen im sozialen Bereich und bei der Jugendhilfe nur zähneknirschend zur Kenntnis nehmen könne. Die freien Träger hätten nur beschränkte Möglichkeiten, die Kürzungen auszugleichen. In der Summe handle es sich um Beträge, die man spüren werde. Er weise darauf hin, dass es deshalb im Angebot der Freien Wohlfahrtspflege zu Einsparungen kommen könne.

Auf Frage von Kreisrätin Wilhelm erläutert Herr Hägele, Fachbereichsleiter Wirtschaftliche Kinder- und Jugendhilfe, bei Jugendhilfemaßnahmen für autistische Kinder handle es sich um neue Bereiche, die im Haushalt noch nicht abgebildet seien. Um für diese Fällen gewappnet zu sein, sei die Integrationshilfe in ihrem Ansatz gestiegen. Ob die Zuständigkeit für solche Hilfen beim Jugendamt oder den Krankenkassen liege, sei noch nicht geklärt. Bei den ADHS-Fällen, bei denen das Jugendamt in Vorleistung gegangen sei, sei gerichtlich die Zuständigkeit der Kassen mehrfach festgestellt worden, so dass das Jugendamt Erstattungen verzeichnen könne.

Herr Windmüller, Kreisjugendring, merkt an, dass die Kürzungen im Jugendbereich sehr schmerzhaft seien. Nach § 79 Abs. 2 SGB VIII müsse von den für die Jugendhilfe bereitgestellten Mitteln ein angemessener Teil für die Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden. Dieser Anteil gehe kontinuierlich zurück und treffe vor allem die Jugendfreizeiten besonders hart, insbesondere nachdem der

Ansatz seit 10 Jahren unverändert sei. Man kämpfe seit Jahren um eine Anpassung. Darüber hinaus seien die Kalkulationen der Vereine und Verbände für das Jahr 2010 bereits erfolgt. Eine Kürzung der Mittel um 20 % sei nicht absehbar und auch aus Sicht des Kreisjugendrings nicht zu erwarten gewesen. Wenn es dabei bleibe, müsse der Kreisjugending den Haushaltsentwurf ablehnen.

Landrat Fuchs legt dar, er respektiere diese Argumente. Der Kreistag und die Verwaltung schätzen das Engagement, vor allem auch im Ehrenamt, das im Bereich der Jugendarbeit geleistet werde. Man wolle die Zusammenarbeit keineswegs aufkündigen oder bestehende Strukturen zerschlagen. Allerdings müsse man mit allen Beteiligten einen Solidarpakt schließen, um das schwierige Haushaltsjahr 2011 zu meistern. Er habe sich in den letzten Wochen intensiv mit dem Thema Jugendfreizeiten auseinandergesetzt und möchte mit dem Kreisjugending in einen konstruktiven Dialog treten, um Angebote an Qualitätsmaßstäben und Effektivität zu messen. Jugendarbeit bestehe nicht nur aus Jugendfreizeiten und Mitarbeiter-Fortbildungen. Insbesondere die Jugendsozialarbeit der Diakonie löse sehr viele positive Impulse in der Jugendarbeit aus. Seit 2001 habe sich das Budget von 490.000 € auf 650.000 € im Jahr 2009 erhöht. Dies bedeute einen Anstieg um 25 %. Projekte im Bereich der Jugendarbeit würden darüber hinaus über Stiftungen gefördert. Die Rems-Murr-Stiftung habe der Jugendarbeit 32.000 € zur Verfügung gestellt, die Stiftung der Kreissparkasse habe in den letzten drei Jahren 70.000 € bereitgestellt. Betrachte man dieses Gesamtmosaik, könne man dem Kreis nicht vorwerfen, dass die Jugendarbeit nicht adäquat honoriert und dotiert werde. Einsparungen zum jetzigen Zeitpunkt seien seitens der Verwaltung ein legitimes Anliegen.

Kreisrätin Forster schließt sich der Meinung Herrn Windmüllers an. Man müsse im neuen Jahr darüber beraten, wie man weiter vorgehe. Doch dies müsse nicht unbedingt mit Kürzungen verbunden sein. Aufgrund dessen, dass die Planungen der Vereine und Verbände für das nächste Jahr bereits abgeschlossen seien, und im Sinne der Gleichbehandlung beantrage sie die Mittel bei den Richtlinien zur Bezuschussung von Jugendfreizeiten und Gruppenleiterlehrgängen nur um 10 % zu kürzen, anstatt wie von der Verwaltung vorgeschlagen um 20 %. Damit komme man den freien Trägern entgegen und würde die Wertschätzung den vielen ehrenamtlichen Helfern gegenüber zum Ausdruck bringen.

Kreisrat Sczuka macht deutlich, die CDU-Fraktion stehe hinter dem geschnürten Sparpaket. Das schwierige Haushaltsjahr 2011 mache Einsparungen auch in diesem Bereich notwendig. Trotz der gegenwärtig positiven Steuerschätzungen sei nicht garantiert, dass sich die Kreisfinanzen bessern werden. Ursprünglich sei eine Kürzung von 50 % im Bereich der Jugendfreizeiten und Fortbildung-

gen geplant gewesen. Die nun vorgesehene Kürzung von 20 % bewege sich in angemessenem Rahmen. Man stelle die Pflichtaufgabe „Jugendarbeit“ gar nicht in Frage, allerdings seien Freizeiten nur ein Teil im Gesamtpaket der Jugendarbeit.

Frau Mayer, Kreisjugendring, dankt für die Wertschätzung der ehrenamtlichen Arbeit. Dies tue allen aktiven Helfern gut. Sie ist der Meinung, dass eine Diskussion um Qualitätsstandards der Sache diene. Qualitätsstandards gebe es allerdings schon und sie seien auch bereits definiert, zum Beispiel durch den Einsatz von ausschließlich geschultem Betreuungspersonal, die gewisse Kriterien erfüllen müssten, gewährleistet sei. So erfordere das Mitarbeiterschulungsprogramm Juleika ein zeitliches Engagement der Teilnehmer von 40 Stunden. Auch Evaluationen fänden regelmäßig statt, um Verbesserungen für künftige Angebote zu erarbeiten. Kürzungen bei den Freizeiten täten sehr weh.

Herr Schladt, Kreisjugendring, erklärt, dass er, unabhängig von den Kürzungen, bei der Kalkulation der Maßnahmen von 5 % mehr Teilnehmerbeiträgen ausgehen müsse. Würden die Kürzungen beschlossen werden, müssten die Teilnehmerbeiträge um 10 % erhöht werden. Darüber hinaus seien die Kürzungen negativ für die Motivation der ehrenamtlich Tätigen.

Kreisrätin Wilhelm trägt die geplanten Kürzungen mit. Für sie seien die Jugendfreizeiten auch ein gewisser Luxus.

Landrat Fuchs kann die Formulierung „Luxus“ nicht mittragen. Jugendfreizeiten seien für ihn ein wichtiger Bestandteil der Jugendarbeit. Vor allem für benachteiligte Jugendliche spielten sie eine große Rolle, weil sie einen wichtigen Teil zur Sozialisation beitrügen. Dennoch müsse man gemeinsam über diese Durststrecke hinwegkommen. Er halte die Kürzung für vertretbar. Es sei nicht seine erklärte Absicht, die Einsparung zur Regel werden zu lassen, wenn sich die Haushaltssituation wieder verbessere.

Kreisjugendamtsleiter Wieland nimmt zum Antrag der Grünen Stellung, die geplanten Sozialraumprojekten in Waiblingen und Remstal im Jahr 2011 durchzuführen. Sozialraumprojekte führe man immer dann durch, wenn andere Maßnahmen fehlten. Die beiden Projekte in Waiblingen und Remstal seien in die Überlegungen zur Haushaltskonsolidierung eingebracht worden, da sie nicht von äußerster Dringlichkeit seien. Deshalb sei vorgesehen, im Jahr 2011 die Planungen fortzusetzen und diese dann zu realisieren, wenn die Mittel zur Verfügung stünden.

Kreisrätin Brodersen erinnert daran, dass man sich einig gewesen sei, dass Sozialraumprojekte der richtige Weg für Kinder, Eltern und Gemeinden seien. Auch der Kreis profitiere, wenn er durch präventive Arbeit Geld sparen könne. Als Leiterin des Schülerhorts in Weinstadt sei sie über bereits existierende Sozialraumprojekte froh, weil man dort frühzeitig Probleme auffangen könne. Ohne derartige Projekte, gebe es nur Verlierer. Sie appelliere auch an die Solidarität der Kommunen, wo es solche Projekte schon gebe. Ihr sei vor allem wichtig, dass 2011 die Planungen weitergeführt und 2012 die Umsetzung erfolge.

Ohne weitere Aussprache beschließt der Ausschuss mehrheitlich bei 5 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen ohne Gegenstimmen den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Dem Kreistag wird empfohlen:

Der Reduzierung des Nettoaufwandes im Leistungshaushalt um 600.000 € wird zugestimmt.

Der Ausschuss lehnt bei 6 Nein- und 5 Ja-Stimmen den Beschlussvorschlag der Verwaltung ab:

Dem Kreistag wird empfohlen:

Der Kürzung bei den Richtlinien zur Bezuschussung von allgemeinen Erholungsmaßnahmen, internationalen Jugendbegegnungen und Studienfahrten sowie bei den Richtlinien zur Bezuschussung von Jugendgruppenleiter/innenlehrgängen und Mitarbeiter/innenschulungen von bisher 240.000 € um 20 % (= 48.000 €) auf 192.000 € für das Jahr 2011 wird zugestimmt.

Der Ausschuss beschließt mit 6 Ja- und 5 Nein-Stimmen auf Antrag der SPD-Fraktion:

Dem Kreistag wird empfohlen:

Der Kürzung bei den Richtlinien zur Bezuschussung von allgemeinen Erholungsmaßnahmen, internationalen Jugendbegegnungen und Studienfahrten sowie bei den Richtlinien zur Bezuschussung von Jugendgruppenleiter/innenlehrgängen und Mitarbeiter/innenschulungen von bisher 240.000 € um 10 % für das Jahr 2011 wird

zugestimmt.

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich bei 8 Ja- und 2 Nein-Stimmen den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Dem Kreistag wird empfohlen:

Der Kürzung bei den Richtlinien zur Förderung von Gemeinwesenprojekten von bisher 50.000 € um 10 % (= 5.000 €) auf 45.000 € für das Jahr 2011 wird zugestimmt.

Das stimmberechtigte Mitglied Franke ist bei der nachfolgenden Beschlussfassung der Ziffern 4 und 5 des Beschlussvorschlags der Verwaltung befangen und zieht sich in den Zuhörerraum zurück.

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich en bloc mit 7 Ja- und 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Dem Kreistag wird empfohlen:

Der Kürzung beim Zuschuss an den Kreisdiakonieverband für den Jugendmigrationsdienst von bisher 30.000 € um 10 % (= 3.000 €) auf 27.000 € für das Jahr 2011 wird zugestimmt.

Der Kürzung beim Planansatz für die Ehe-, Familien und Lebensberatungsstellen des Kreisdiakonieverbandes von 119.000 € um 10 % (= 11.900 €) auf 107.300 € für das Jahr 2011 wird zugestimmt.

Herr Franke nimmt an der nachfolgenden Beschlussfassung wieder teil.

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

Dem Kreistag wird empfohlen:

Der Streichung der Freiwilligkeitsleistung „Europapreis“ in Höhe von 1.000 € für das Jahr 2011 wird zugestimmt.

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich mit 5 Ja- und 4 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Dem Kreistag wird empfohlen:

Der Verschiebung von zwei geplanten flexiblen ambulanten Sozialraumprojekten (Waiblingen und Remstal) mit einem Einsparvolumen von 100.000 € wird zugestimmt.

Auszüge:

2 Kreisjugendamt
2 GB Finanzen
1 GB Kreisprüfung



§ 4

Verschiedenes

Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ erfolgen keine Wortmeldungen.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

gez.

gez.

Johannes Fuchs

Gabriele Bellviure